

NRW von Morgen

Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010. Insgesamt gestaltet sich die politische Lage eher „bescheiden“.

Auf Bundesebene wurde die SPD im letzten Jahr abgestraft und es gibt nach wie vor vieles zu verbessern. In NRW regiert schwarz-gelb das Land kaputt, zieht Bildungshürden ein, betreibt sozialen und ökologischen Kahlschlag, vergrätzt und beleidigt Menschen aus anderen Ländern und leistet sich einen Skandal nach dem anderen. All das erhöht den Leidensdruck vieler Menschen im Land. Die Politik verliert auf rasante Weise ihre Glaubwürdigkeit durch die großen und kleinen Eskapaden ihrer handelnden Akteure, ihrem teilweisen Unvermögen und oftmals auch ihrer lähmenden Dreistigkeit. Dass diese Analyse nicht an der Realität vorbei geht, zeigen beispielsweise die guten und sinnvollen Bildungsproteste des letzten Jahres.

Der erdrückenden Politik des sozialen Kahlschlags setzen wir Jusos unsere Tatkraft und Entschlossenheit entgegen!

Wir wollen einen unverzüglichen und umfassenden Kurswechsel in der Landespolitik! Deswegen ist es an der Zeit, für ein neues gesellschaftliches Fortschrittsprojekt für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu werben, das auf den drei Säulen einer gerechten und solidarischen Bildungspolitik, einer modernen und zukunftsfähigen Arbeitsmarkt- und Energiepolitik, sowie einer Sozialpolitik aufbaut, die den Prinzipien von Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet ist. Wir wollen bei der Landtagswahl für eine linke gesellschaftliche Mehrheit streiten, die den sozial-ökologischen Umbau in NRW zum Ziel hat. Dabei muss uns nicht bange sein. Durch die gute inhaltliche Arbeit der letzten Monate und Jahre und der Erstellung und breiten Diskussion der Thesenpapiere für die Landtagswahl sind wir inhaltlich gut gewappnet. Jetzt müssen aus der immer noch anhaltenden Krise und dem eklatanten Versagen von schwarz-gelb die richtigen Lehren gezogen werden. Das geht nur mit einer starken und beherzten SPD. Und das geht nur, wenn die inhaltliche Differenz zum politischen Gegner auch im Wahlkampf deutlich gemacht wird.

A. NRW 2010 – Zur Lage

In der Altersgruppe der 18–24-jährigen Wählerinnen und Wählern hat die SPD bei der Bundestagswahl 2009 überproportional verloren. Der starke Vertrauensverlust dieser WählerInnengruppe macht deutlich, dass die SPD es nicht mehr geschafft hat, die junge Generation mit den sie betreffenden Themen anzusprechen. Die Glaubwürdigkeit fehlte, oder andere Parteien wurden in bestimmten Bereichen als kompetenter betrachtet. Die SPD muss sich wieder stärker an den Interessen junger Menschen orientieren und ihre Anliegen ernst nehmen. Dazu muss sie vor allem uns Jusos zuhören und unsere Inhalte aufnehmen. Denn wir sind am Puls der Zeit und wollen in NRW durch unsere Inhalte stärkste Kraft in unserer Zielgruppe werden.

Nichtwählen ist zudem zunehmend eine bewusste Wahlentscheidung mündiger Bürgerinnen und Bürger. Der Verlust von 2,1 Millionen Wählerstimmen für die SPD an die Gruppe der NichtwählerInnen ist anders nicht erklärbar. Das bewusste Nichtwählen ist auch darauf zurückzuführen, dass durch Koalitionsaussagen und Koalitionsausschlüsse keine Alternativen für die unliebsame Große Koalition oder Schwarz-Gelb aufgezeigt werden konnten. Die einzige Alternative zu einem bürgerlichen Bündnis bleibt nur eine links der Mitte. Daher führt jeder Ausschluss denkbarer Koalitionen zu einem Verlust von Alternativen und damit zu Wahlenthaltung. WechselwählerInnen und SpätentscheiderInnen sind wahlentscheidend geworden. Bei der Bundestagswahl hat die SPD das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der

Bundesrepublik erzielt. Die inhaltliche Erneuerung der SPD muss konsequent und nachhaltig gestaltet werden! Dies kann nur dadurch erfolgen, dass unser Führungspersonal die von der Partei und ihren Gremien beschlossenen Inhalte vertritt. Führung verlangt auch die Fähigkeit zur Vorausschau; man muss eine Zukunftsvorstellung haben - sich am eigenen Programm orientieren.

Die politischen Parteien durchleben allesamt eine Identitätskrise. Für die SPD geht es angesichts sinkender Mitgliedszahlen, erheblicher Glaubwürdigkeitsverluste, und der anhaltenden Richtungsdebatten darum, mit einem neuen Vertrauensprojekt wieder Fuß zu fassen. Aber auch die Grünen stehen mit ihrer tendenziellen Öffnung für neue schwarz-grüne Partnerschaften vor großen innerparteilichen Debatten. Die FDP ist nach ihrer wechselbedingten Hochphase in den Strudel von Parteispenden, Steuergeschenken und nicht umgesetzten Wahlversprechen geraten, während sich die CDU zwischen einer belanglosen und beliebigen Kanzlerin und deren überdrehten Kronprinzen gefangen sieht. Die Linkspartei bleibt noch immer die Frage schuldig, ob sie sich auch mit klarer Handlungsoption im 5-Parteiensystem behaupten kann, oder lieber nur auf ein Dasein als verlängerter Arm der Protestbewegungen setzt und sich an rotgrünem Regierungshandeln abarbeiten will.

„Privat vor Staat“, also der politisch forcierte Rückzug des demokratisch legitimierten Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft hat zu einer unkontrollierten Ausbreitung der Märkte und einer finanziellen wie politischen Quasi-Entmachtung des Staates geführt. Alle Lebensbereiche werden dem Diktat der Ökonomie, das alleinig der Sprache des Geldes gehorcht, untergeordnet. Funktionslogik wird die individuelle Aneignung von Profit, nicht die Schaffung von gesellschaftlichem Mehrwert. Wir wissen: Diese Fehlentwicklungen rächen sich in der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise. In den ersten Städten werden Rekommunalisierungen eingeleitet. In Genossenschaften nehmen die Menschen Angelegenheiten des wirtschaftlichen Lebens selbst in die Hand.

In Nordrhein-Westfalen ist die Bilanz nach fünf Jahren schwarz-gelber Regierung erschreckend. Sie zerstört Netze der sozialen Sicherheit, der Hilfen und Beratungen. Sie verhindert gleiche Chancen zur Entfaltung durch Bildung und Teilhabe. Sie fördert die Entsolidarisierung der Menschen untereinander. Wir wissen: Auch in der heutigen Zeit muss immer wieder neu erstritten werden, dass alle Menschen gleich sind. Während Rüttgers und seine schwarz-gelbe Mannschaft sich ohne Rast auf Johannes Rau berufen und Nebelkerzen zünden, spalten sie die Gesellschaft in NRW, anstatt zu versöhnen.

B. Unsere strategische Aufstellung

Die Ausgangslage ist klar: Unsere Inhalte stimmen, unser Wille zum Wechsel ist da und damit großer Tatendrang. Wir sind die Expertinnen und Experten in den Themen, die junge Menschen interessieren und zwar in der eigenen Partei, aber auch der Parteienlandschaft.

Das Ziel ist auch klar: Wir NRW Jusos wollen im Mai stärkste Kraft in der für uns relevanten Altersgruppe werden. Zudem wollen wir vor allem einen Regierungswechsel und ein hervorragendes Ergebnis für die SPD, damit die NRW SPD die neue Regierung hauptverantwortlich gestalten und unsere Inhalte umsetzen kann.

Auch der Weg ist klar: Wir werden unsere guten Konzepte glaubhaft vermitteln. Dazu müssen wir Themen glaubwürdig und konsequent vertreten. Wir Jusos haben uns in den Diskussionsprozess um die Erstellung des Wahlprogramms intensiv eingemischt und deutlich gemacht, dass wir einen glaubwürdigen Wahlkampf nur mit klaren Positionen machen können. Wir müssen weiterhin verstärkt den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und unseren BündnispartnerInnen suchen.

Wir wollen in NRW einen Kurs einschlagen, in dem durch einen handlungsfähigen Staat die gesellschaftliche Kontrolle über die Mittel des Wirtschaftens garantiert wird. Reiner Markt ist blind für soziale und ökologische Probleme. Schlüsselbereiche müssen in den Händen der Politik bleiben. Ein starker Staat entmündigt in unserem Verständnis aber nicht den Bürger, sondern gibt ihm die Möglichkeit der Teilhabe am Haben und am Sagen. Wir wollen die Demokratisierung aller Lebensbereiche vorantreiben: Mitbestimmung im Betrieb und in den Landesbehörden, in den Schulen und Hochschulen. Freiheitsrechte werden wir schützen.

Wir wollen um neues Vertrauen in Politik werben. Die SPD muß ihre Positionen in Betriebe und ihre Mitbestimmungsorgane, in Umwelt- und Friedensgruppen, in soziale Projekte und Selbsthilfegruppen tragen und dabei den Kontakt zu BündnispartnerInnen wiederbeleben. Unser Fokus liegt dabei auf den Interessen der jungen Generation. Dies betrifft gleiche Chancen zur freien Entfaltung und zum selbstbestimmten Leben durch gleiche Teilhabe an Bildung. Dies betrifft gute Perspektiven für alle gleichermaßen in einer gezähmten Arbeitswelt, gleiche gesellschaftliche Teilhabe durch eine verbindliche Gleichstellung der Geschlechter und die nachhaltige Bekämpfung von Kinderarmut. Dies bedeutet, industrielle Produktion und ökologische Tragfähigkeit in einen Einklang zu bringen, um die Klimakatastrophe mit ihren fatalen Folgen für alle Menschen in der einen Welt abzuwenden.

Die SPD ist eine Partei für alle Wählerinnen und Wähler und für alle Generationen. Das ist bei der Aufstellung der KandidatInnen für den Landtag nur bedingt deutlich geworden. Im besonderen ist die Partei aufgerufen, interessierte Frauen in ihrem Engagement zu fördern und bei der Kandidatenaufstellung zu berücksichtigen. Nur wenn wir junge Themen auch mit jungen Köpfen in Verbindung bringen können, können wir an Profil gewinnen. Die NRWJusos erwarten über die Landtagswahl hinaus eine Fortsetzung des personellen Erneuerungsprozesses der SPD durch eine stärkere Einbeziehung der Jugendorganisation.

Die Partei ‚Die Linke‘ ist eine Partei wie jede andere im demokratischen Spektrum auch. Deshalb ist es falsch, sie zu dämonisieren oder auch sie ‚zu stellen‘, wenn damit gemeint ist, sie als strategischen Hauptgegner zu bezeichnen. Wir Jusos kämpfen für eine starke SPD. Wenn nach der Wahl eine Koalition nötig sein sollte, müssen auf der Grundlage der Wahlprogramme Gespräche in alle Richtungen geführt werden.

Es ist Zeit für ein neues Linkes Vertrauensprojekt in NRW. Wenn nicht jetzt, wann dann? Die schwarz-gelbe Bundes- und Landesregierung zeigen bereits deutlich, wo ihre unsoziale und unökologische Reise hingehen soll. Von ihrer Hinhaltenetaktik, den sozialen Kahlschlag bis zur Landtagswahl in NRW hinauszuzögern, lassen sich Wählerinnen und Wähler nicht blenden. Wenn nicht hier, wo sonst? NRW ist und bleibt die Herzkammer der Sozialdemokratie. Ein sozialdemokratisch geführtes NRW kann richtungsweisend auch für den Rest der Republik sein.

Solange absolute Mehrheiten nicht realistisch sind, sind Koalitionen unerlässlich, um unsere Verantwortung in diesem Land wahrnehmen zu können. Dafür ist es wichtig, genau auszuloten, mit welchen Parteien welche inhaltlichen Projekte umsetzbar sind. Die SPD steht für eine soziale und menschenwürdige Politik, für die wir von Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden.

Wir stehen:

- für die Abschaffung aller Bildungsgebühren, inklusive Studiengebühren
- für einen studierbaren Bachelor und einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz
- für gemeinsames Lernen bis zum ersten Schulabschluss und Ganztagschulen
- für die Abschaffung der Kopfnoten und des Turbo-Abiturs

- für den Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz und die Ausbildungsplatzumlage
- für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn
- für den Atomausstieg und die Förderung regenerativer Energien
- für die Stärkung des ÖPNV und die Einführung eines NRW-Mobil Tickets
- für Integration statt Ausgrenzung
- für Datenschutz und die Abschaffung von Videoüberwachungen im öffentlichen Raum

Eine Koalition können wir uns nur mit denjenigen Parteien vorstellen, die diese und weitere Punkte unseres Wahlprogramms teilen und bereit sind mitzugehen. Für die Umsetzung dieser unserer Projekte sehen wir bei Grünen und Linken viele inhaltliche Übereinstimmungen. Schwarz und Gelb machen das Gegenteil von dem, was wir für gute Politik halten. Die Linkspartei muß sich allerdings auch erst von der Aura der reinen Protestpartei lösen und in ihren Programmen Gestaltungsverantwortung übernehmen. Politik muss machbar sein und dabei immer die Vision einer besseren Zukunft zeichnen. Mit Hilfe unserer Politik soll es den Menschen besser gehen. Wenn Ansätze jedoch bis zur Unkenntlichkeit pragmatisiert und Politik nur noch um ihrer selbst Willen betrieben wird hat sie ihren Zweck verfehlt. Nicht regieren ist Mist, schlecht regieren aber auch.

Wir wollen uns deutlich vom jetzigen Kurs der schwarz-gelben Landesregierung unterscheiden. Ziel der NRW Jusos ist ein linkes Projekt, das die gesellschaftlichen Mehrheiten auch parlamentarisch widerspiegelt und die zentralen inhaltlichen Forderungen umsetzt. Dieses Land braucht gesellschaftspolitische Veränderungen! Maßgeblich für einen Kurswechsel und jede denkbare Koalitionsvereinbarung ist für uns NRW Jusos dabei die Umsetzung unserer inhaltlichen Kernforderungen:

C. Sozialer Fortschritt durch Bildung

Gute Bildung ist entscheidend für die Fähigkeit zur selbstbestimmten Entwicklung jeder und jedes Einzelnen und trägt dazu bei die Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität in der Gesellschaft zu verankern. Sie ist Grundlage für den Einstieg in den Arbeitsmarkt und ermöglicht sozialen Fortschritt. Bildung ist zudem Grundlage dafür, seine Umgebung nicht als gegeben hinzunehmen, sondern gesellschaftliche Umstände kritisch zu hinterfragen. Deshalb ist ein demokratisches Gemeinwesen darauf angewiesen, all seinen Mitgliedern, egal in welchen Lebenslagen oder Altersklassen, gleichermaßen gute Bildung zur Verfügung zu stellen.

Dabei muss der Staat eine zentrale Rolle einnehmen, sowohl in der Gestaltung der Bildung, durch eine ganzheitliche aufeinander aufbauende Bildungspolitik, als vor allem auch in der umfassenden Finanzierung. Das bedeutet für uns, dass Bildung in allen Bereichen ohne wenn und aber kostenfrei sein muss. Dies beginnt für uns beim unentgeltlichen Besuch einer Kindertageseinrichtung und setzt sich bei einer von allen, auch von versteckten Kosten (wie Kopiergeld, Toilettengeld, Kosten für Mittagessen, uvm.) freien Schule fort. Gebührenfreiheit ist auch bei Aus- und Weiterbildung oberstes Gebot und wir sprechen uns dafür aus jegliche Form von Studiengebühren unmittelbar nach der Landtagswahl abzuschaffen. Die durch die komplett kostenfreie Bildung wegfallenden Mittel für das Bildungssystem müssen in vollem Umfang vom Staat gegenfinanziert werden und ein darüber hinausgehender Bedarf an öffentlicher Finanzierung muss ebenfalls Rechnung getragen werden. Diese Investitionen sind für uns Investitionen in die Zukunft Nordrhein-Westfalens! Wir wissen, dass jede Finanzierung von Bildung sich vielfach auszahlt. Dabei ist die Kosteneinsparung durch Präventionsarbeit noch nicht einmal mit einberechnet.

1. Chancengleichheit, Demokratie, Gleichstellung, Integration, Prävention und Freiheit als Leitlinien und Querschnittsaufgaben des Bildungssystem

Bildungsgerechtigkeit ist der Schlüssel zur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Wo Bildungspolitik für eine bessere Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsinstitutionen sorgt, wird gleichzeitig eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik betrieben. Nicht nur der drohende Fachkräftemangel ist ein guter Grund für eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Bildungsinstitutionen zu sorgen. Auch die Ermöglichung individueller Lern- und Aufstiegschancen muss für das Innovationsland NRW zentral sein, wenn die Innovativität nicht bei der Einrichtung eines gleichnamigen Ministeriums enden soll.

Um für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen ist außerdem der Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz unerlässlich. Bis es dahin kommt, muss auch das Land seiner Verantwortung gerecht werden und die Tarifpartner etwa durch die Förderung von Verbundausbildungen unterstützen! Die Kommunen und die kommunalen Betriebe müssen ihre Ausbildungsangebote aufrechterhalten und erweitern. Bei der Ausbildungsqualität müssen sie Standards setzen.

Weiterbildung muss für Menschen in jeder Situation zugänglich sein. Dies bedeutet nicht nur, dass diese kostenfrei sein muss und die nötigen zeitlichen Budgets zur Verfügung stehen, sondern auch, dass das Wissen über die Möglichkeiten - der beruflichen Weiterbildung etwa - vorhanden sein muss. Das Land muss in Zusammenarbeit mit Kammern und Gewerkschaften dafür Sorge tragen, dass diese Informationen allen Menschen zugänglich sind, damit Bildungskarrieren nicht an fehlender Information scheitern.

Grundsätzlich stehen die Jusos für ein demokratisches Bildungssystem. Das Mitspracherecht der beteiligten Gruppen aller Bildungsinstitutionen muss erhalten und ausgebaut werden. So muss an den Schulen die unter schwarz-gelb abgeschaffte Drittelparität dringend wieder hergestellt werden. Ebenso gehören Hochschulräte an Universitäten und Fachhochschulen sofort abgeschafft, da sie demokratisch nicht legitimiert sind. Deshalb gehört für uns genauso eine Stärkung und die Festschreibung (auch in anderen Bundesländern) der Verfassten Studierendenschaft als wichtiger Bestandteil demokratischer Hochschulen dazu.

Die Wahrnehmung von Mann-Frau-Schemata beginnt, mal implizit, mal explizit vermittelt, in Kindergarten und Grundschule. Deshalb ist es für uns auch eine Frage der Lern- und Lehrkultur, wie Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen ist. Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, in dem neutrale Berufswahlperspektiven eröffnet werden und ein gesellschaftliches Klima möglich ist, in dem nicht nach Männer- und Frauenberufen unterschieden wird. Junge Frauen brauchen zudem Vorbilder! Bislang spiegeln sich die StudienanfängerInnenzahlen nicht in späteren Karrierewegen an der Uni wider. Wir wollen eine rechtlich bindende Quote bei den Lehrstühlen! Gerade im Mittelbau sollen die Promotionsstellen gleichermaßen an Männer und Frauen vergeben werden. Zudem brauchen wir gezielte Mentoringprogramme, auch für die Verwaltung.

In vielen Landstrichen verfügen schon heute über die Hälfte der eingeschulten Kinder über einen Migrationshintergrund. Das zeigt, dass Integration und Zusammenleben schon von „Kleinauf“ durch vielfältige Maßnahmen gefördert werden muss. Integration beginnt somit schon im vorschulischen Bereich. Und auch eine der wichtigsten Aufgaben im Kampf gegen Rechtsextremismus muss früh ansetzen, die Prävention. Diese kann man hierbei nur durch Aufklärung und Bildung erreichen. Dabei sind wieder einmal im Besonderen Maße die Schulen gefragt und zwar ausnahmslos alle. Sie müssen es schaffen für das Thema zu sensibilisieren, die rassistischen Ideologien zu dekonstruieren und den Schülerinnen und Schülern ein grundlegendes Demokratieverständnis zu vermitteln. Dabei muss bereits in der Grundschule begonnen werden den Schülerinnen und Schülern aufzuzeigen, dass sie alle gleichwertig und gleichberechtigt sind, um anfänglichen Tendenzen vorzubeugen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist auch die Gewaltprävention und Konfliktvorbeugung an Bildungseinrichtungen, vor allem in Schulen. Eine gute Arbeit in diesem Punkt macht die Einschränkung von Freiheitsrechten im sensiblen Bildungsbereich überflüssig. Deshalb

sprechen wir uns zudem für ein generelles Verbot von Videoüberwachungen in Bildungseinrichtungen, also Lern-, Lehr- und Forschungsräumen, aus.

2. Schule endlich mutig reformieren

Startchancen sichern: öffentliche Unterstützung schon für die Kleinen!

Alle müssen mit gleichen Startchancen in die Bildungslaufbahn starten können. Wir fordern eine Verpflichtung zum Besuch einer Kindertageseinrichtung für alle Kinder.

Länger gemeinsam macht alle besser!

Wir wollen das mehrgliedrige Schulsystem ablösen durch die inklusive Gesamtschule, bis zum ersten Schulabschluss. Diese ermöglicht ein längeres, gemeinsames Lernen unter einem Dach, so dass individuelle Stärken ausgebaut und individuelle Schwächen ausgeräumt werden können.

Ganztage und Mix der Professionen – mehr Raum für mehr!

Wir wollen die verpflichtende Ganztagschule ab der ersten Klasse. Wir wollen die Schule zu einem Ort des Lernens und der sinnvollen Freizeitgestaltung weiterentwickeln. Dazu ist es erforderlich, eine Abstimmung und Kooperation zwischen Angeboten der Jugendhilfe, der Vereine und der Schulen vorzunehmen. Wer außerdem Schule als Lebensraum versteht, der muss sich auch mit den Problemen der Menschen beschäftigen, um allen individuell helfen zu können. Dazu gehören auch Probleme im psychischen und physischen Bereich. Dafür muss es einen Mix der Professionen geben, welcher die Betreuung durch SonderpädagogInnen, SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen sicherstellen kann.

Kopfnote abschaffen!

Wir wollen die so genannten Kopfnote und die zentralen Abschlussprüfungen in ihrer jetzigen Form abschaffen, da sie den Selektionsprozess verschärfen, sowie den Leistungsdruck erhöhen. Den Schülerinnen und Schülern muss auch im Lernprozess mehr Freiheit gegeben werden. Kopfnote geben keine Auskunft über menschliche oder soziale Eigenschaften. Wir wünschen uns einen direkteren Umgang in den Schulen miteinander. Feedback muss situativ erfolgen und nicht ein halbes Jahr später auf dem Zeugnis durch eine Zahl ausgedrückt werden. Wir fordern deswegen die reguläre Einführung von Klassenstunden, ohne dabei die Unterrichtslast für die SchülerInnen weiter zu erhöhen.

Lehrpläne, die Zeit zum Lernen lassen!

Durch gestiegene Anforderungen in den Lehrplänen, aber auch durch die sogenannte G-8-Reform sind die Lernanforderungen an Schülerinnen und Schüler in erheblichem Umfang gestiegen. Daher fordern wir, die Entfrachtung von Lehrplänen und die Abkehr vom G-8-System.

Sanierung der Berufsschulen

Kommunen in einer schwierigen Haushaltslage sind nicht fähig, den notwendigen Eigenanteil zum Abrufen der Mittel aus dem Konjunkturpaket aufzubringen, um so Berufsschulen zu sanieren. Wir fordern, die Kommunen bei der Sanierung ihrer Berufsschulen durch ein gesondertes Förderpaket zu unterstützen, damit in NRW in funktionierenden und ansprechenden Schulgebäuden gelehrt werden kann.

3. Breite statt Elite: Hochschulen für Alle

Der Bachelor muss studierbar sein! Einen Master für Alle ermöglichen!

Wir fordern ein Konzept zur Verbesserung der Lehre, sowie eine Reform der Studieninhalte in den Bachelorstudiengängen. Das beinhaltet für uns u.a. die Verlängerung der

Regelstudienzeit, die flexiblere Gestaltung von Auslandssemestern und die Evaluation und gegebenenfalls Umstrukturierung der neuen Lehramtsstudiengänge. Außerdem möchten wir gemeinsam mit den Gewerkschaften die Erhöhung des Stellenwertes eines Bachelors als für Berufe qualifizierender Abschluss erreichen. Wir wollen außerdem ein garantiertes, einklagbares Recht auf einen Masterplatz. Der Bachelorabschluss darf nicht durch Quotenregelungen und Vergaberegeln zur Endstation werden.

Tarifverträge für Alle!

Wir wollen, dass jedes Personal an der Hochschule tarifvertraglich abgesichert wird. Aus diesem Grund muss auch studentisches Personal im TV-L berücksichtigt werden!

Egal ob groß oder klein: alle Fächer unterstützen!

Auch kleine, scheinbar wirtschaftlich uninteressante Fächer müssen erhalten bleiben. Wir wollen den Begriff der Freiheit der Lehre neu definieren und nicht von Kennzahlen und Rankings abhängig machen.

Breiten- statt Spitzenförderung!

Um allen jungen Menschen in diesem Land die Bildung zukommen zu lassen, die sie sich wünschen, ist ein gesichertes Einkommen unabdingbar, denn nur ohne Existenzängste lässt es sich vernünftig studieren. Daher treten wir bundesweit kurzfristig für eine deutliche Erhöhung des BAföG über den Inflationsausgleich hinaus ein. Mittelfristig brauchen wir aber ein bedarfsdeckendes, elternunabhängiges und somit wirklich offenes, durchlässiges und gerechtes Studienfinanzierungsmodell in Form eines Vollzuschusses. Sozial selektive Stipendien, wie sie schwarz-gelb einführen möchte lehnen wir strikt ab.

Studentenwerke stärken!

Landeszuschüsse zu den Studentenwerken sind um mehrere Millionen gekürzt worden, was zu höheren Sozialbeiträgen führte. Wir wollen gemeinsam mit den Studentenwerken in NRW eine ausreichende Finanzierung sicherstellen. Die finanzielle Schieflage durch die gesunkenen Landeszuschüsse müssen behoben werden.

D. Gemeinsam Mehr: Gute Arbeit und Nachhaltige Wirtschaft

Grundsätzliches

Wir setzen uns ein für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die den konstruierten Gegensatz zwischen Arbeit und Umwelt auflöst und immer die Frage der sozialen Gerechtigkeit mitdenkt. Schon jetzt sind die Industrie- und Dienstleistungsbranchen in denen möglichst energie- und ressourceneffizient gewirtschaftet werden die erfolgreichsten. Diese Entwicklung muss von Seiten der Politik mit aller Kraft unterstützt werden. Wir brauchen Industrie nicht der Industrie willen, sondern aufgrund der gewaltigen Beschäftigungspotentiale, die in diesem Sektor bestehen. Denn gerade in Zeiten der Finanzkrise ist klar, dass industrielle Produktion und daraus resultierende innovative Dienstleistungen Grundlage unseres Wachstums und der Beschäftigung sind. Hierbei kommt es insbesondere auf die Politik an. Sie muss die Weichen stellen für eine nachhaltige, ökologische Wirtschaftspolitik, die gute Arbeit schafft und gleichzeitig unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Sie muss den gesellschaftlichen Willen zu einer neuen, zukunftsgerichteten Produktionsweise durchsetzen und den Unternehmen sowohl Rechts- und Investitionssicherheit, als auch gesetzliche Leitplanken für ihr unternehmerisches Handeln geben. Denn: Der von schwarz-gelb propagierte „reine“ Markt hat bis dato bei der Einbeziehung von ökologischen Faktoren versagt.

Arbeit in NRW: fair und gut

Für uns spielt die Gestaltung guter und fairer Arbeitsbedingungen eine zentrale Rolle in unserer politischen Agenda. Diejenigen, die von einem Gegensatz zwischen bezahlbarer Arbeit in NRW und der Schaffung guter Arbeitsbedingungen reden, werden wir eines klarmachen: ein Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und einen Arbeitsmarkt mit möglichst wenig Regeln ist nicht der Schlüssel zu mehr Wachstum, sondern bedeutet für die Menschen mehr Unsicherheit, weniger Rechte und ein Minus beim Wohlstand und ist darüber hinaus gesamtwirtschaftlich unvernünftig.

Wir setzen uns deshalb für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, wollen endlich gleiche Löhne für Frauen und Männer und eine ausgewogene Besetzung von Arbeitsplätzen, wollen starke gewerkschaftliche Vertretungen in den Betrieben und in der Gesellschaft und werden jegliche Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen entschieden bekämpfen.

Die von einem neoliberalen Zeitgeist geprägte Deregulierungswut in der Arbeitsmarktpolitik des vergangenen Jahrzehnts zeigt ihre Auswirkungen in extremen Veränderungen am Arbeitsmarkt. Egal ob Leiharbeit, Kettenbefristungen oder Dumpinglöhne, in jedem Bereich verläuft die Entwicklung zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen, die sich immer häufiger in prekärer Beschäftigung wieder finden. Das große Versprechen der Politik, mit diesen Deregulierungen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze sorgen zu wollen, muss als gescheitert gelten. Insbesondere in Regionen in NRW in denen der Strukturwandel sich noch vollzieht, zeigt sich besonders deutlich, dass die herbeigesehnten Verbesserungen am Arbeitsmarkt nicht nur ausgeblieben sind, sondern dass die neuen, prekären Formen der Beschäftigung die Situation der Menschen häufig weiter verschlechtern. Unserer Konsequenz ist jedoch nicht, diese Menschen verloren zu geben. Wir sagen: Das Ziel der Vollbeschäftigung ist nach wie vor erreichbar, die Politik braucht den Mut zu einer anderen Arbeitsmarktpolitik des Besser statt Billiger.

Besser statt Billiger

Die Steuersenkungsversprechen der Bundesregierung sind ein weiterer Baustein einer Politik der gesellschaftlichen Spaltung. ArbeitnehmerInnen mit durchschnittlichen oder niedrigeren Einkommen profitieren nicht von den Steuergeschenken, kriegen aber die Folgen dieser Klientelpolitik zu spüren, wenn klamme Kommunen Gebühren erhöhen müssen oder Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Konsolidierungszwang zum Opfer fallen. Wir fordern eine Steuerpolitik, die ArbeitnehmerInnen mit kleinen und mittleren Einkommen wirklich unterstützt. Viel entscheidender ist allerdings, dass diese Gruppe die Lohnzuwächse erhält, die zu Gunsten einer einseitigen Exportorientierung Deutschlands über viele Jahre zurückgestellt worden sind. Damit die Gewerkschaften das Recht der ArbeitnehmerInnen auf diese Lohnzuwächse einklagen kann, müssen sie von Seiten der Politik gestärkt werden.

Klug agieren in der Krise

Eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik muss jetzt, in der Krise dort ansetzen, wo Arbeitsplätze verloren zu gehen drohen. Neben einer weiteren Verlängerung der Kurzarbeit brauchen wir jedoch ein arbeitsmarktpolitisches Programm der Landesregierung, das sich insbesondere für junge Menschen einsetzt, denn diese sind in dieser Krise besonders häufig von Arbeitsplatzverlust betroffen. Konkret fordern wir von der Landesregierung ein Programm, das die Übernahme von fertigen Azubis fördert, damit das Auslaufen des Ausbildungsvertrages nicht automatisch das vorläufige Ende der Erwerbsbiografie bedeutet.

Prekärer Beschäftigung entgegenwirken

Den Missbrauch von Leiharbeit werden wir nicht länger dulden. Wo das Land sofort eingreifen kann, etwa im Bereich des Öffentlichen Dienstes und des Gesundheitswesens, muss es den systematischen Missbrauch von Leiharbeit sofort unterbinden und für faire Arbeitsbedingungen sorgen. Dazu gehört zuvorderst das Prinzip des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit.

Dem Ausbau des Niedriglohnsektors werden wir entschieden entgegenzutreten. Insbesondere die 400 Euro Jobs sind abzuschaffen, da sie zu Lohndumping führen.

Gute Ausbildung

Kommunale Betriebe haben gerade jetzt die Pflicht, jungen Menschen Ausbildung anzubieten, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzutreten. Auch Unternehmen sehen wir natürlich in dieser Pflicht und halten weiter an unserer Forderung nach einer Umlagefinanzierung fest, damit endlich mehr Ausbildungsplätze angeboten werden. Die Tarifpartner müssen durch das Land unterstützt werden, wenn sie Verbundausbildung anbieten.

Die Qualität der Ausbildung darf durch den scharfen Wind am Ausbildungsmarkt nicht weiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch hier müssen die kommunalen Betriebe Standards setzen. Weiterhin brauchen wir in NRW ein faires Verfahren zur Bewertung von Ausbildungsqualität. Nicht allein die Kammern werden in Zukunft diese Bewertung vornehmen, sondern ein aus allen Interessengruppen zusammengesetztes Gremium.

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor

Das Ziel der Vollbeschäftigung ist Maßstab unserer arbeitsmarktpolitischen Forderungen. Das bedeutet auch, über Beschäftigungsformen jenseits des ersten Arbeitsmarktes nachzudenken. Um Menschen in den Arbeitsmarkt zurückzubringen, die schon lange Zeit keiner Arbeit mehr nachgegangen sind, brauchen wir nicht mehr Repressalien und mehr finanziellen Druck, denn wir wissen, dass Menschen nicht aus Bequemlichkeit auf das Arbeiten verzichten, sondern dass es die Jobs nicht gibt, in die sie hineingezwungen werden sollen. Sehr wohl aber gibt es genügend wichtige gesellschaftliche Arbeit, die es als Erwerbsarbeit zu organisieren gilt. Das Land muss hier mit einem Investitionsprogramm tätig werden, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und um Menschen wieder eine Perspektive auf Existenz sichernde Arbeit zu eröffnen.

Potential für NRW

Gerade auch weil auf internationaler Ebene die Verhandlungen über ein neues Klimaschutzabkommen in einer Sackgasse stecken, kommt es auf die nationale und die regionale Ebene an. Hier muss das Land NRW eine Vorreiterrolle spielen. Unter schwarz-gelb geschieht das Gegenteil indem eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik durch rückwärtsgewandte Klientelpolitik ersetzt wird. Wir wollen beweisen, dass Klima- und Umweltpolitik nicht im Gegensatz zu Wirtschafts- und Industriepolitik steht. Klima- und Umwelttechnik sind ein Wachstumssektor, in dem enormes Beschäftigungspotential schlummert. Die Branche der Erneuerbaren Energien stellt eine zukunftsorientierte Hoch- und Spitzentechnologie dar, die längst ein großer Jobmotor ist. Wir wollen, dass auch in anderen Industriebereichen, beispielsweise der Automobilindustrie, der Anlagentechnik oder der Stahlindustrie nachhaltiges Wachstum durch Investitionen in ressourcensparende Verfahren und Produkte, gesichert wird.

Energiemix

Wir wollen einen Energiemix der das Klima schont, sicher und für alle Menschen bezahlbar ist. Gleichzeitig muss dieser in der Zukunft neuen Bedürfnissen, wie beispielsweise der Elektromobilität, gewachsen sein. Aus diesem Grund wollen wir heimische Energieträger nutzen und die schrittweise Dezentralisierung der Wärme- und Elektrizitätsversorgung vorantreiben. Die Energieversorgung in NRW muss auf eine breitere Basis gestellt werden. Solarthermie, Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft, sowie Biomasse schaffen Arbeitsplätze mit Perspektive und versorgen uns umweltschonend mit Energie. Erneuerbare Energieträger verdienen deshalb eine massive politische Förderung. Versuche der letzten Jahre der Etablierung von regenerativen Energien auf dem Verordnungsweg entgegenzutreten sind fahrlässig und bedrohen unser aller Zukunft.

Parallel zu den erneuerbaren Energien benötigen wir hochmoderne Kohle- und Gaskraftwerke mit optimierter Anlagentechnik und Kraft-Wärme-Kopplung. Alte, umweltverschmutzende Kraftwerke müssen durch neue, klimafreundlichere Kraftwerke ersetzt werden. Hier muss die Landespolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich für die notwendigen Vorschriften sorgen. Ebenso wie im Bereich der Erneuerbaren kommt der Forschung und Entwicklung in den zahlreichen innovativen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen in NRW hierbei eine verantwortungsvolle Aufgabe zu. Dies muss so umfassend wie mögliche von staatlicher Seite unterstützt werden. Der Braun- und Steinkohlebergbau in NRW versorgt uns zuverlässig mit einem Energieträger, der für den Übergang ins solare Zeitalter zwingend benötigt wird und bietet vielen Menschen einen Arbeitsplatz. Deswegen halten wir am Sockelbergbau fest.

Die Atomenergie hingegen ist Dinosauriertechnik und gehört schleunigst ins Museum. Wir wollen unser Land und zukünftige Generationen nicht mit weiterem Atommüll belasten. Plänen von CDU/FDP die Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern oder sogar neue Anlagen zu bauen lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.

Dezentrale Energieversorgung, Stadtwerke und ÖPNV

Dezentrale Energieversorgung durch öffentlich kontrollierte Stadtwerke anstelle der Vormacht der vier großen Energieriesen ist unser Ziel. Deshalb muss es den Gemeinden weiter möglich sein, wirtschaftlich aktiv zu sein, um Pionier einer dezentralen und ökologischen Energieproduktion zu sein. Stadtwerke sind außerdem wichtige Träger des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV), der oft durch die Quersubventionierung aus den Bereichen Energie und Wasser finanziert wird. Diese Praxis muss den Kommunen möglich bleiben. Wir wollen, dass ein attraktiver ÖPNV die zentrale Alternative zum Individualverkehr wird, auch weil so allen Menschen Mobilität ermöglicht wird. Deshalb wollen wir ein NRW-Mobil-Ticket für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende einführen. Dieses soll – analog zum NRW-Semesterticket der Studierenden – als Solidarmodell eingerichtet werden und landesweit im ÖPNV Gültigkeit haben. Zudem sehen wir das Land in der finanziellen Verantwortung zur Finanzierung des Tickets. Genauso wie Studierenden, wollen wir es damit auch SchülerInnen und Auszubildenden ermöglichen, problemlos ihre Lernorte und Ausbildungsplätze zu erreichen. Junge Menschen sollen heute mobil und flexibel sein. Mit diesem Ticket stellen wir sicher, dass alle jungen Menschen dieselbe Chance haben, diesem Anspruch gerecht zu werden, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, oder dem Bildungsweg, den sie einschlagen. ÖPNV ist außerdem Klimaschutz. Die Verkehrswege in NRW stehen vielerorts vor dem Verkehrsinfarkt. Gut ausgebaute Netze von Bussen und Bahnen machen Flächen verbrauchende Betonprojekte aber oft überflüssig. Wir wollen, dass die Landesregierung der Schiene Vorrang einräumt und nicht nur die starken Verbindungen zwischen den Zentren, sondern auch die Verbindungen in der Fläche erhält. Was die Flughäfen des Landes angeht, wollen wir, dass die Landesregierung dem ruinösen Wettbewerb von Regionalflughäfen einen Riegel vorschiebt und auf die Schiene im Nah- und Mittelverkehr setzt.

Verbraucherschutz

VerbraucherInneninformation, -schutz und rechssicherheit spielen heutzutage eine enorm wichtige Rolle. Auf Märkten die sich rasant entwickeln und verändern fehlt vielen Menschen oftmals der Überblick und es fällt schwer seriöse Angebote von nachteiligen oder unlauteren zu unterscheiden. Hier die Beratungs- und Überwachungsmöglichkeiten zu verbessern hilft sowohl den Verbraucherinnen und Verbrauchern, als auch den kundenorientiert und seriös agierenden Unternehmen. Deswegen fordern wir eine finanziell und personell gut ausgestattete LandesverbraucherInnenzentrale und ausreichende Beratungskapazitäten in allen Kommunen.

Zwei Themen sind in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung: Das Land NRW muss mehr Beratung zum Thema Energieeffizienz anbieten und die Bildungsanstrengungen in diesem Bereich verstärken. Gleichzeitig bedarf es einiger Anstrengungen auf dem Gebiet der nachhaltigen Landwirtschaft. Grüne Gentechnik beinhaltet nicht kalkulierbare Risiken. Sie befördert die Industrialisierung der Landwirtschaft. Deswegen soll NRW gentechnikfreie Zone werden. Immer intensivere Mast und immer weiter anwachsende Monokulturen zerstören die Biodiversität unserer Kulturlandschaft und gefährden die Qualität unserer Lebensmittel. Deshalb müssen die Landwirte darin bestärkt werden, diese Kulturlandschaften zu erhalten. Wir brauchen eine Abkehr von der nur auf Masse ausgerichteten Landwirtschaftspolitik. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der regionalen Vermarktungswege ein und unterstützen die Landwirte bei der Umstellung ihrer Betriebe.

E. Zusammenhalt in der Gesellschaft von Morgen: Integration und Soziales

Kinderarmut bekämpfen

In NRW lebt fast jedes vierte Kind in Armut. Armut bedeutet dabei nicht nur fehlendes Geld in der Familie, sondern auch Defizite in Bildung, Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten, im Bereich der sozialen Kontakte und Kompetenzen und auch beim Gesundheitszustand. Dies zeigt wie wichtig ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept ist. Um gegen Kinderarmut vorzugehen, fordern wir daher die Auflage eines regelmäßigen Sozialberichtes, der alle zwei Jahre erscheinen soll, um als wirkliches Kontroll- und Vergleichsinstrument nutzbar zu sein. In Schulen und Kitas wollen wir als Leistung des Landes kostenloses Mittagessen für alle Kinder einführen. Insgesamt wollen wir Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik stärker verzahnen, um so ein effektives Netzwerk gegen Kinderarmut zu knüpfen. Wir wollen, dass mehr Geld in Betreuung und Bildung investiert werden und eine Grundsicherung für Kinder eingeführt wird. Unser Ziel ist ein kostenfreier Zugang zu Betreuungsplätzen für alle Kinder und eine effektive Sprachförderung für alle mit Sprachdefiziten. Die vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass das von schwarz-gelb geschaffene KiBiz grundlegend reformiert werden muss. Wir halten daneben als flankierende Maßnahmen eine deutliche Aufstockung der Mittel und Kapazitäten im Bereich der Jugendsozialarbeit für dringend notwendig. Ebenso muss der Haushalt für offene Kinder- und Jugendarbeit wieder auf mindestens 96 Mio. Euro aufgestockt werden.

Integration meistern

Jede/r Vierte in NRW hat einen Migrationshintergrund. Wer einen Migrationshintergrund hat, hat es aber auch schwerer: MigrantInnen sind stärker von Armut betroffen, sie sind eher arbeitslos und finden schwerer eine neue Stelle, sie haben schlechtere Schulabschlüsse und überproportional viele MigrantInnen haben erst gar keinen Abschluss. Hinzu kommen alltägliche Diskriminierungen von Medien und Mitmenschen. Wir Jusos wollen eine Gesellschaft ohne Armut und Ausgrenzung. Daher fordern wir die konsequente Umsetzung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes, eine konsequente Sprachförderung auch in der Muttersprache sowie mehr MigrantInnen im öffentlichen Dienst.

Wir setzen uns für mehr Repräsentanz von MigrantInnen in den Medien und eine ausgeglichene Berichterstattung ein. Darüber hinaus halten wir fest an unserer Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für AusländerInnen, die länger als 3 Jahre in Deutschland leben.

Den Kettenduldungen für Flüchtlinge muß ein Ende gesetzt werden. Wir wollen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für diese Menschen. Die vorhandenen vielfältigen Potentiale wie z.B. die Mehrsprachigkeit wollen wir stärker nutzen.

Repressionen erfahren - zumeist islamische - MigrantInnen durch den sogenannten Gesinnungstest. Institutionell wurde im Rahmen der Antiterrorgesetze ein rechtsfreier Raum geschaffen. Zuwanderer müssen ohne rechtlichen Beistand Fragen zur religiösen und

politischen Haltung beantworten, bevor ihnen ein Visum erteilt oder verlängert wird. Wir fordern die sofortige Abschaffung der Gesinnungstest, sowie die Löschung der aller gespeicherter Daten.

Zur besseren Koordination müssen in jedem Landkreis/jeder kreisfreien Stadt Integrationsbeauftragte direkt als Schnittstelle beim LR/OB angesiedelt werden. Um die gesellschaftliche Partizipation von MigrantInnen zu fördern und ernst zu nehmen, müssen Integrationsausschüsse mit vollen Ausschussrechten ausgestattet werden. Wir Jusos setzen uns weiterhin für die doppelte Staatsbürgerschaft ein!

Diskriminierung stoppen

Neben MigrantInnen werden in NRW weitere gesellschaftliche Gruppen auf unterschiedliche Weise diskriminiert. Das muss endlich aufhören. Im Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter muss Gleichstellungspolitik dabei in allen politischen Feldern eine hervorgehobene Rolle spielen und ihren Platz finden, so wie in diese Antrag, da so themenübergreifende Maßnahmen realisiert werden können. Das Gender Mainstreamingprinzip muss weiter ausgebaut werden. Die bislang gemachten Erfahrungen auf der Landesebene müssen miteinbezogen werden. Wir wollen Gender Budgetierung als einen Baustein moderner SPD-Politik verankern. Das Ausmaß an Gewalt gegen Frauen und Kinder, insbesondere Mädchen, ist alarmierend. Trotzdem wurden die Mittel zur Förderung von Maßnahmen und Frauenhäusern durch die schwarz-gelbe Regierung gekürzt. Wir wollen ein umfassendes Aktionsprogramm, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und Opfer zu schützen.

Viele Menschen sind heute eher bereit, die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen in Deutschland zu akzeptieren als noch vor einem Jahrzehnt. Dennoch: Eine rechtlich größere Gleichstellung ändert nichts an bestehender Diskriminierung. Lesben werden als Frau zudem häufig doppelt diskriminiert. Wir fordern, dass gleichgeschlechtliche Paare mit den gleichen Rechten und Pflichten Verantwortung füreinander übernehmen können müssen, wie es heterosexuellen Paaren mit der Institution der Ehe möglich ist. Wir stehen aber auch für die öffentlich-rechtliche Gleichstellung durch die Ergänzung des Artikels 3 Abs. 3 durch das Merkmal „sexuelle Identität“ im Grundgesetz, um auch der zivilrechtlichen Gleichstellung gerecht zu werden.

Auch Menschen mit Behinderung werden diskriminiert. Bewusst, durch Herabsetzung, gegen die wir entschieden vorgehen wollen, und unbewusst, beispielsweise durch fehlende Barrierefreiheit, schlechte oder fehlende Beratungsangebote und/oder schlechte Anbindung an den ÖPNV. Hier wollen wir Abhilfe schaffen.

Grundversorgung sichern

Strom, Energie, Wohnen, Müllabfuhr, Krankenversorgung, ÖPNV und Sparkassen – alle stellen unverzichtbare Grundlagen zum Leben dar. CDU und FDP wollen dass alle Bereiche privatisiert werden. Dabei bedeutet Privatisierung meist Service- und Arbeitsplatzverlust bei steigenden Preisen und prekärer Beschäftigung. Auch den Verlust einer sicheren Versorgung bringt eine Privatisierung mit sich. Wir Jusos wollen, dass alle Menschen das Recht auf eine Grundversorgung haben und fordern daher das Recht von Kommunen auf öffentliche Daseinsvorsorge. Im Rahmen dieser unabdingbaren Kernforderung ist für uns eine Änderung des §107 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung unumgänglich! Wir wollen einen sorgenden, starken Staat, und eine Abkehr von der neoliberalen Nebelkerze des „Privat vor Staat“. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Förderung von armen Kommunen. Ebenso setzen wir uns ein für die Einführung von Sozialtarifen in der Grundversorgung.

Keine Stimme den Faschisten

Leider gibt es sie immer noch: Die Ewiggestrigen, die gegen Menschen hetzen, weil sie nicht Deutsch sind und/oder eine andere Religion haben. Insbesondere ProNRW hetzt gegen den Islam und Moscheen. Wir Jusos stellen uns dem entgegen. Wir wollen eine Gesellschaft, in

der jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter und sexueller Orientierung gleichberechtigt leben kann. Darum fordern wir weiterhin das Verbot der NPD. Wir wollen, dass NRW mehr tut gegen Rechtsextremes Gedankengut und fordern daher, dass mehr Geld in Aufklärung, AussteigerInnen-Programme, Jugendprojekte und Jugendzentren investiert wird. Kommunen müssen in ihrem Engagement gegen Rechts unterstützt und gestärkt werden und in Schulen muss das Thema Rechtsextremismus wieder stärker behandelt werden.

Datenschutz von morgen

Die Diskussionen über Netzsperrern, Raubkopien, Abmahnwellen großer Konzerne, Datenklau und Datennutzung von Communities und Social Networks sorgen gerade bei den Menschen für große Aufmerksamkeit, die viel mit dem Internet zu tun haben. Dies sind in erster Linie junge Menschen. Die Politik in diesen Fragen war in den letzten Jahren vor allem von Enttäuschungen für Internet-Nutzer geprägt. Während auf der einen Seite Internetnutzer bei Verstößen wie z.B. Urheberrechtsverletzungen (MP3 und Filme herunterladen, Nutzung von Bildern auf eigenen Website und Blogs) mit voller Härte verfolgt und bestraft werden, ja Strafmaße sogar noch erhöht werden, scheinen Firmen alle Rechte zu bekommen, die nur erdenkbar sind. Sie dürfen private Daten verwenden und verkaufen, sie für finanzielle Interessen sammeln, nutzen und abspeichern. Sie verändern 'heimlich' AGB's, um weitere Rechte zu erhalten. Ähnlich sieht es beim Staat aus: Er darf Daten speichern, bei nur geringen Verdacht private PC's ausspähen und E-Mails mitlesen, häufig auch unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung. Entsprechend ist die Enttäuschung und der Frust viele User groß. Datenschutz und Netzpolitik betrifft jeden. Wir Jusos fordern ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, denn Es darf nicht sein, dass Arbeitgeber z.B. Krankendaten sammeln und auswerten. Wir wollen ein Recht auf Internetzugang und einen Ausbau der Datenleitungen auf dem Land. Wir setzen uns ein für ein uneingeschränktes Zitierrecht für Multimedia-Inhalte sowie freie Verwendung und Kopierrecht von Werken für Privatleute. Dabei halten wir ein Lizenzende mit Tod des Urhebers für angemessen. Instrumente wie Vorratsdatenspeicherung und Ausweise mit biometrischen Daten lehnen wir ebenso ab wie Patente auf biologische Prozesse bzw. einzelne Computerbefehle. Wir wollen Open Acces (öffentlicher Zugang von Daten) auf alle Werke, die von der öffentlichen Hand (mit-)finanziert werden. Die Kameraüberwachung im öffentlichen Raum ist für uns kein Mittel zum Schutz und lehnen sie daher ab.

F. Abschluss und Ausblick

Wir wollen eine andere Politik, eine andere Landesregierung. Wir kämpfen für eine starke SPD. Wir JungsozialistInnen wollen die politische Meinungsführerschaft in der jungen Generation zurückerobern und behaupten. Wir wollen dazu beitragen, Freiheit, Gleichheit und Solidarität wieder zu den leitenden Werten für unsere Gesellschaft und einer zukünftigen Landesregierung werden. Wir werden – gerade gegenüber der jüngeren Generation – Themen glaubwürdig und konsequent vertreten: Positionen ohne wenn und aber.

Wir wollen an der Seite von Gewerkschaften, an der Seite der Bildungsstreikenden, an der Seite der Anti-AKW-Bewegung, an der Seite der MigrantInnen, an der Seite junger Familien und vielen mehr kämpfen.

Wir streiten für ein sozialeres, solidarischeres und gerechteres NRW von Morgen.

Wir kämpfen für ein linkes Vertrauensprojekt!

